

15/IV. 1912.

*(Wo bleibt der Mittelstand?) Ein abgenutztes Thema und eine oft gestellte Frage. Beider Erledigung aber zählt zu Forderungen, die wirkliche staatssozialistische Gerechtigkeit, die ja jetzt vornehmlich Reiche baut und stützt, immer wieder erheben muß. Denn hier ist eine der Gelegenheiten, bei der Gedankenlosigkeit, die Mütter alles administrativen Verderbens, mehr Unheil stiften kann, als Böswilligkeit. Und auch auf Schritt und Tritt Unheil stiftet. Als kürzlich eine Aktion in die Wege geleitet wurde, deren Sinn und Ziel gewiß uns allen, die wir sozial denken und handeln, sehr am Herzen liegt, fielen wieder jene Worte, die eine so grundsätzliche Trennung und Unterscheidung beinhalten. Es galt, den „Minderbemittelten“ auf möglichst direktem Wege billige Lebensmittel zu schaffen. Und um diesem Plan kräftigeren Umsatz in die Wirklichkeit zu ermöglichen, stellte man ihm sofort die scharfe Mahnung an die „Wohlhabenden“ an die Seite, den wirklich Bedürftigen nicht in einzelnen Fällen, wo keine Ausweisleistung vorgeschrieben, unlautere Konkurrenz zu machen. Sehr gut! Aber die wirklich Wohlhabenden denken in der Regel nicht daran. Sie sind kraft ihres Geldes noch immer und trotz aller Verordnungspolitik in der angenehmen Lage, um die Stillung ihres Hungers nicht so bekümmert sein zu müssen. Es steht, ehrlich und ungeschminkt, schlimm nur um jene, die des äußeren Anstandes halber und nicht auf Grund ihrer Kontoauszüge für wohlhabend gelten müssen. Und da erwachsen wieder

Feststellungen, die prinzipiell wichtig und inhaltsreich sind: ein Kataster der „Minderbemitteltheit“ würde gewiß bei einer Grenze des Einkommens Halt machen, oberhalb deren der halbwegs repräsentabel lebende Beamte noch lange keine Angst vor Verfestung zu haben braucht. Das ist die eine und dabei noch die geringere Ungerechtigkeit, daß man sozusagen offiziell Summen als genügende Existenzminima anspricht, die es nicht sind. Die andere, die größere, ist der Zwang zur Heuchelei, die von der Gesellschaft selbst diktiert und vom Staat nicht aufgehoben wird. Der Mann in der Arbeiterbluse kann, wenn ihn Not und ungerechte Belastung seines Budgets bedrängen, nicht nur — was dem beneideten „Fitzbesoldeten“ in der Regel ewig versagt bleibt — seine Bezahlung durch organisatorische oder sozialpolitische Propaganda und gebotenenfalls mit freundlicher Gewalt erhöhen, er kann auch, ohne an Ehre und Würde Abbruch zu nehmen, alle Hilfsquellen in Anspruch nehmen, die die Öffentlichkeit für Bedürfnisse und Beschwerden des Volkes geöffnet hat. Der Mann im möglichst gutgeschnittenen Salkoanzug — auch dies zählt zu den ungeschriebenen, aber drakonischen Vorschriften, unter denen die weitesten Schichten des Bürgertums leben — diese Pflicht, dem Kollegen oder Stammtischfreund nicht einmal in der Qualität des Anzug- oder Krawattenstoffes recht nachstehen zu dürfen, ohne in der allgemeinen Reputation grundlos, aber empfindlich gedrückt zu sein — er also kann, das alles nicht. Seine Bezüge bleiben unberührt von allen Stürmen, so die Weltwirtschaft erschüttern, die gleichen. Seine Steuerungsverwendungen hat, wenn solche existieren, das sprunghafte Steigen aller Tagesbedürfnisse gleichfalls meist längst verschlungen. Und er darf alles, wenn er es geschieht genug am Kriminal vorbeidurchführt. Darf borgen, pumpen, verpfänden, Vorschuß schinden, ein Klein wenig hochstapeln, darf vor allem hungern und wieder hungern. Nur eines darf er feltamerweise unter keinen Umständen: Sich als Bedürftiger bekennen, seine Notlage, die oft gerade durch die Wucht der moralischen Umstände größer ist als die des Proletariats, in die Welt zu schreiben. Es wäre nun wohl gerade die erste Stunde, um mit diesem Unsug aufzuräumen. Das Wort, das diesen Krieg einen „Mittelstandskrieg“ genannt hat, birgt ein gut und ausreichend Teil Wahrheit. Daß der Arme ohne jede Einwendung zu unterstützen, daß ihm die schwereren Lasten des Tages möglichst zu erleichtern sind, darüber sind wir uns alle einig. Es wäre nun dringlich genug, diese Einigkeit auch auf den energischen Wunsch auszubehnen, es mögen — und dies zunächst von Seite der Behörden selbst — die Begriffe der „Wohlhabenheit“ und „Gutsituation“ etwas genauer und vorurteilsloser, vor allem ohne alle Standesrücksichten, untersucht werden. Die Ueberzeugung besteht zu Recht, daß ein näherer Einblick in die wahre Sachlage und die tapfer verhüllte Bitterkeit so vieler und so typischer Schicksale die Hilfe und Verbesserung sofort herbeizwingen würde. Nachdenken und Beobachten ist auch hier die Kardinalforderung!